

Völkerrechtsgemeinschaft gegenüber die Entstehung eines neuen Staates hinreichend zu rechtfertigen; seit dem Zweiten Weltkrieg werde im übrigen bei Staatsgründungen das nationale Postulat immer mehr verdrängt durch das umfassender, „politischer“ verstandene Prinzip der Selbstbestimmung (S. 9—37).

Andere Vorgänge in der europäischen Geschichte waren der Gegenstand von zwei weiteren Vorträgen. Domna Visvizi-Dontas (Athen) untersuchte die bei der Entstehung des modernen Griechenland dominierend gewesenen nationalen Vorstellungen (S. 113—125), und Jacques Willequet (Brüssel) machte in seinem Bericht über die Anfänge des belgischen Staates nicht nationale, sondern wirtschaftliche Motive für den Abfall der südlichen Provinzen vom Königreich der Vereinigten Niederlande im Sommer 1830 verantwortlich (S. 47—55). Drei Beiträge waren schließlich dem Tagungsproblem in außereuropäischen Kulturen gewidmet: Staatsbildungen und nationales Bewußtsein in Lateinamerika (Ricardo Krebs; S. 161—182), Indien (Dietmar Rothermund; S. 153—160) und Afrika (Franz Ansprenger; S. 131—152).

Referate wie Diskussion führten zu dem Ergebnis, daß das Nationalitätsprinzip in seiner Gültigkeit eingeschränkt werden müsse; zumindest sei es sehr schwierig, die Entstehung neuer Staaten monokausal auf das Vorhandensein von Nationen zurückzuführen. Dieses Resultat der Tagung war nicht so sehr die Folge davon, daß immer wieder Einflüsse festgestellt wurden, die im nationalen Sinn neutral sind: machtpolitisch-diplomatische Überlegungen sowie ideologische und wirtschaftliche Interessen. Entscheidend war vielmehr die Einsicht, daß es keinen Nationsbegriff gibt, der in gleicher Weise auf alle Großgruppen zutrifft, deren Angehörige sich als Nation verstehen oder von außen her als eine solche Nation bezeichnet werden. Die uns noch immer vertraute Vorstellung von der kulturell-sprachlich und gesellschaftlich, aber noch nicht politisch konstituierten, also „staatslosen“, Nation als Voraussetzung für die Entstehung eines neuen Staates — eine Vorstellung, die wir aus der historischen Wirklichkeit des östlichen Mitteleuropa gewonnen haben — genügt jedenfalls nicht mehr.

Köln

Peter Burian

Tradition und Neubeginn. Internationale Forschungen zur deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert. Referate und Diskussionen eines Symposiums der Alexander von Humboldt-Stiftung, Bonn-Bad Godesberg, veranstaltet vom 10. bis 15. September 1974 in Bad Brückenau. Hrsg.: Joachim Hütter, Reinhard Meyers, Dietrich Papenfuss. Carl Heymanns Verlag. Köln, Berlin, Bonn, München 1975. X, 565 S.

Die Humboldt-Stiftung gibt ausländischen Wissenschaftlern, die bereits über einige Erfahrung in Forschung und Lehre verfügen, die Möglichkeit, zu längerem Studienaufenthalt nach Deutschland zu kommen. Im Spätsommer 1974 wurden Historiker, die Stipendiaten der Stiftung gewesen waren oder noch sind, zu einer Tagung eingeladen, auf der sie gemeinsam mit deutschen Kollegen Fragen ihres Fachs, vornehmlich aus der jüngsten deutschen Geschichte, behandelt haben. Die auf dieser Zusammenkunft gehaltenen Vorträge — entgegen dem Titel jedoch nicht die Diskussion — werden nun im Druck vorgelegt.

Wohl nicht nur für die Leser der „Zeitschrift für Ostforschung“ ist der wissenschaftliche Ertrag dieser Veröffentlichung gering. Das liegt nicht allein daran, daß von den 40 Beiträgen nur wenige den Umfang von 8—10 Seiten überschreiten, so daß eine eingehende Beschäftigung mit dem einzelnen Thema

ohnehin nicht möglich war. Auch die Tatsache spielt eine Rolle, daß hier in der Regel lediglich über die Ergebnisse der von dem einzelnen Referenten in Deutschland betriebenen Forschungen berichtet wird, die anderweitig und dort dann auch ausführlicher bereits publiziert sind. Deshalb stellt dieser Sammelband für die deutsche Wissenschaft auch nur insofern einen Gewinn dar, als solche Veröffentlichungen zumeist nicht in deutscher Sprache erfolgt sind, jetzt aber die Resultate der früheren Studienaufenthalte — knapp zusammengefaßt — auch auf deutsch vorliegen.

Immerhin seien diejenigen, die sich mit Ostmitteleuropa beschäftigen, hingewiesen auf die instruktive Skizze von Gotthold Rhode über das „Deutschlandbild in Osteuropa zur Zeit der Weimarer Republik“ (S. 101—116), auf eine Beschreibung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und Jugoslawien in den späten zwanziger Jahren (Andrej Mitrović, S. 117—140), auf zwei Berichte über Themen und Methoden der ungarischen Historiographie seit 1945 (Agnes Ságvári, S. 259—274) und auf zwei Miszellen zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsgeschichte der deutschen Ostprovinzen vom Beginn unseres Jahrhunderts an bis zum Zweiten Weltkrieg (Andrzej Brożek, S. 355—376).

Gelegentliche nationalistische Entgleisungen sind zu bedauern, sollten aber nicht überbewertet werden. So etwa wird hier noch immer die von der Wissenschaft längst widerlegte Behauptung vertreten, die serbische Regierung habe mit dem Attentat in Sarajewo nichts zu tun gehabt (S. 121)¹; die preußischen Provinzen Ostpreußen und Oberschlesien (letztere hat es — innerhalb des in dem betreffenden Beitrag behandelten Zeitraums, d. h. von 1939 bis 1945 — vor 1941 ohnehin nicht gegeben) können nicht als „ans Reich angegliederte Gebiete“ bezeichnet werden (S. 345, 347). Zu rügen ist die Inkonsequenz im Gebrauch der Ortsnamen bei der Vorstellung der Autoren: entweder sind die amtlichen, wenn auch nichtdeutschen Formen zu verwenden (Padova, Poznań, Wrocław, Katowice) oder die nichtamtlichen, aber deutschen (Belgrad, Oppeln, Warschau), nicht jedoch beides.

Köln

Peter Burian

1) Vgl. dazu jetzt zusammenfassend Fr. Würthle: Die Spur führt nach Belgrad. Die Hintergründe des Dramas von Sarajevo 1914, Wien 1975.

Jan Osers: Forschung und Entwicklung in sozialistischen Staaten Osteuropas. (Veröff. des Osteuropa-Institutes München, Reihe: Wirtschaft und Gesellschaft, Heft 14.) Verlag Duncker & Humblot, Berlin 1974. 317 S., davon 60 S. Tab. u. Diagr.

Der Autor des vorliegenden Buches untersucht die Organisation und Planung von Forschung und Entwicklung in einigen exemplarisch ausgewählten Ländern Ostmittel- und Südosteuropas — der verkürzte Titel des Werkes ist irreführend! —, nämlich in der Tschechoslowakei, Polen, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien und auch in der DDR. Zum einen geht es um die Darstellung typischer Merkmale und zum anderen um die in sozialistischen Staaten bestehenden Unterschiede auf diesem Gebiet. Ziel dieses Vorhabens ist, durch Kenntnis des organisatorischen Rahmens und der Planungsmethoden und deren geschichtlichen Werdegangs Einsicht sowohl in die Mängel als auch in die positiven Ansatzpunkte der Prognostik, Koordination und Lenkung von Forschung und Entwicklung zu gewinnen. Dies soll westlichen Politikern, Wirtschaftsexperten und Wissenschaftlern und, wie es im Geleitwort heißt, jedem an Technik und Politik